

Beschluss: Mitgliederversammlung vom 15. Oktober 2009

Grundsatzklärung

Demokratie braucht Politische Bildung

Demokratie ist die einzige politische Ordnung, die von allen Bürgerinnen und Bürgern verlangt, politische Urteile zu treffen. Dies setzt voraus, dass die Bürgerinnen und Bürger gelernt haben, Politik zu verstehen und begründet zu beurteilen – die Demokratie braucht eine politisch gebildete Bürgerschaft. Wenn dies nicht ausreichend der Fall ist, drohen Gefahren durch politische Apathie oder politischen Extremismus. Politische Bildung ist deshalb ein zentraler Bestandteil einer demokratischen politischen Kultur und des Bildungswesens in einer demokratischen Gesellschaft. Die Interessensgemeinschaft Politische Bildung (IGPB) versteht sich als überparteiliche Plattform zur Vernetzung von Einrichtungen und Personen in der Politischen Bildung und tritt für die Verbesserung bzw. Vertiefung von Maßnahmen der Politischen Bildung – im schulischen wie außerschulischen Bereich – ein.

Ziele und Grundsätze demokratischer Politischer Bildung

Politische Bildung will Menschen befähigen, am öffentlichen Leben in der Demokratie teilzunehmen. Sie fördert selbstständiges politisches Denken und vermittelt politische Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie politisches Wissen. Ihre Zielperspektive ist die politische Mündigkeit ihrer Adressatinnen und Adressaten. Mit dieser Zielperspektive ist es unvereinbar, Politische Bildung für die Durchsetzung partei-, verbands- oder sonstiger interessenpolitischer Ziele zu instrumentalisieren. Offene oder verdeckte Indoktrination in der Politischen Bildung kann nicht akzeptiert werden. Allerdings gibt es auch für die Politische Bildung keinen „neutralen“ Standpunkt, von dem aus politische Kontroversen und Konflikte auf „objektiv richtige“ Weise entschieden werden könnten. Aufgabe Politischer Bildung ist es vielmehr, kontroverse Fragen als kontrovers zu thematisieren, die Adressaten und Adressatinnen mit unterschiedlichen Positionen in Politik und Wissenschaft zu diesen Fragen bekannt zu machen und sie darin zu bestärken und zu ermutigen, begründete eigene Entscheidungen zu treffen. Lehrende in der Politischen Bildung müssen daher zwischen

ihrer eigenen politischen Position als Bürgerin oder Bürger und ihrer professionellen pädagogischen Aufgabe unterscheiden können. Sie können zwar, wenn es die Situation erfordert, auch eigene Meinungen und Urteile im Unterricht zur Diskussion stellen. Aber sie müssen jederzeit deutlich machen, dass es nicht Ziel des Unterrichts ist, diese Positionen zu vermitteln, sondern dass alle Teilnehmenden das Recht haben und darin unterstützt werden, ihre eigenen Perspektiven zu entwickeln. Soweit, wie in der Schule, Leistungen zu beurteilen sind, bezieht sich diese Beurteilung nicht auf Meinungen, sondern auf die Qualität von Begründungen. Politische Bildung fördert bei ihren Adressatinnen und Adressaten durch gründliche Auseinandersetzung mit politischen Fragen, Problemen und Kontroversen die Komplexität politischen Denken und Urteilens.

Schule und außerschulischer Bereich

Hierfür ist eine Lernatmosphäre unabdingbar, die zur aktiven Beteiligung und zu offener, auch kontroverser Diskussion einlädt. Politische Bildung will in der Schule zu einer partizipationsorientierten und projektbezogenen Lernkultur beitragen, die junge Menschen ermutigt, ihre Fragen und Interessen zur Geltung zu bringen. Politische Bildung ist auch auf diese Weise ein Gegengift gegen politische Apathie. Über ihren Unterricht hinaus treten Lehrerinnen und Lehrer zudem für eine Schulkultur ein, die junge Menschen Schule als einen Ort erleben lässt, an dem sie sich als Individuen ernst genommen fühlen, Chancen der Mitgestaltung haben und ein von Freiheit und Toleranz geprägtes Zusammenleben erfahren. Auf diesem Wege trägt Politische Bildung zu einer Schule bei, die sich als Ganzes der Integration der jungen Generation in die Demokratie verpflichtet sieht.

Über die Schule hinaus muss Politische Bildung als ein wesentliches Element einer zeitgemäßen Jugend- und Erwachsenenbildungslandschaft verstanden und gefördert werden. Ziel soll es sein, Maßnahmen der außerschulischen Politischen Bildung zu intensivieren, die Aus- und Fortbildung von Lehrenden in diesem Bereich zu verbessern und zu einem stärkeren Erfahrungsaustausch von Schulen und außerschulischen Anbietern im Bereich der Politischen Bildung zu kommen. Die IGPB strebt daher auch Kooperationen mit bestehenden Institutionen und Verbänden in der außerschulischen Bildung im gemeinsamen Interesse einer Stärkung der Politischen Bildung in der Jugend- und Erwachsenenbildung an.